

### **Forderungen der Europa-Union Bayern e.V. an die Konferenz zur Zukunft Europas**

Die Europa-Union Bayern e.V. begrüßt die Einberufung der „Konferenz zur Zukunft Europas“ und erhofft sich von der Arbeit der Konferenzgremien einen essentiellen Schritt zur Weiterentwicklung der EU hin zu einer bürgernahen, demokratisch-rechtsstaatlichen europäischen Föderation.

Wir erwarten, dass die Ergebnisse der Diskussionen im Rahmen der Konferenz tatsächlich umgesetzt werden, auch wenn dies Änderungen an den bestehenden EU-Verträgen erfordert.

Einen generellen Ausschluss von Vertragsänderungen bereits im Vorfeld der Konferenzdiskussionen lehnen wir als undemokratisch und Politikverdrossenheit fördernd entschieden ab.

### **Forderungen an die Gestaltung einer demokratischen Zukunft Europas**

- Das Europäische Parlament gegenüber dem Rat und der EU-Kommission stärken.
- Spitzenkandidatenprinzip beibehalten und umsetzen!
- Der Rat soll – wenn er gesetzgeberisch tätig wird – öffentlich tagen und Protokolle seiner Sitzungen veröffentlichen.
- Einführung eines transnationalen Wahlrechts sowie eines Europäischen Parteiengesetzes (als Grundlage zur Schaffung europäischer Parteien).
- Zulassung transnationaler Wahllisten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.
- Ko-gesetzgeberisches Wirken von Rat und Parlament sicherstellen (keine vorweggenommenen Einschränkungen der Verhandlungsumfänge bei Themen durch den Rat).
- EU-weit einheitliche Regeln zur Sammlung von Unterschriften für Europäische Bürgerinitiativen schaffen.

### **Forderungen an die Gestaltung einer handlungsfähigen Europäischen Union**

- Einstimmigkeit abschaffen in den Bereichen
  - Außen- und Sicherheitspolitik
  - Steuerpolitik (um dem Steuerdumping Schranken zu setzen)
  - Verfahren nach Art. 7, Abs. 2 EUV (Feststellung einer Verletzung der Grundwerte der EU)
- Kompetenzverteilung optimieren, u.a.
  - Mehr Koordinierungskompetenzen der EU in der Gesundheitspolitik
  - Kompetenzen der EU zur Bekämpfung von Steuerdumping

- Kompetenzverteilung zwischen EU und Nationalstaaten in der Agrarpolitik im Sinne nachhaltig-ökologischer Entwicklung reformieren
- Infrastrukturfinanzierung durch EU und Nationalstaaten sicherstellen und diese nicht Drittmächten überlassen.

Langfristig fordert die Europa-Union Bayern, die Zusammenarbeit in der EU auf die Basis einer Verfassung anstelle von Verträgen zu stellen.

### **Forderungen an Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft Europas**

- Ein besseres Bewusstsein für notwendige Reformen schaffen, z.B. mit mehr Einbezug von Nachhaltigkeitsaspekten in der Bildung.
- Politische Versprechen über nachhaltiges Umsteuern auch einhalten!
- Reduzierung von Verpackungsmaterial, indem die Forschung und Entwicklung von Alternativen gefördert wird (Mehrweg- und Pfandsystem, Second-Hand, Unverpackt Läden etc. fördern, ausbauen und unterstützen).
- Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Ausschüssen im Europäischen Parlament verbessern (z.B. Agrar- und Umweltausschuss).
- Ausbau des Schienennetzes in Europa (leistungsfähiger, günstiger, zuverlässiger, komfortabler) und durch effizienteres nationales Planungsrecht sowie ergänzende Politiken (z.B. sektorspezifische Transportvorgaben) begleiten.
- Verpflichtung der nationalen Transportunternehmen, Tickets der anderen nationalen Anbieter zu verkaufen, eine bessere Anschlusskoordinierung in den transeuropäischen Netzen sicherstellen und die grenzüberschreitenden Verbindungen ausbauen.

Die Zukunft der Europäischen Union und das friedliche Zusammenleben der in ihr vereinten Völker hängt maßgeblich davon ab, dass wir unsere gemeinsame europäische Identität unter Achtung unserer kulturellen Vielfalt weiterentwickeln. Dazu gehören u.a. Maßnahmen zur Förderung des europäischen Medienraums, nationale Bildungssysteme mit europäischen Inhalten, interkulturelle Begegnung und Dialog.

Forderungskatalog der Landesversammlung der Europa-Union Bayern e.V.,  
verabschiedet auf der 70. Jahresversammlung in Miesbach am 24. Juli 2021